

... Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Senatswahlen: Regierung gestärkt

Nach mehrfacher Verschiebung fanden am 24. und 27. Februar diesen Jahres die Wahlen zum 100-köpfigen Senat statt. Ursprünglich sollte die zweite Parlamentskammer zeitgleich mit der Nationalversammlung und den Provinzräten gewählt werden. Für Mißstimmung sorgte im Vorfeld die Auflage, daß alle Kandidaten persönlich zur Registrierung erscheinen mußten, welches als Benachteiligung von Politikern bewertet wurde, die sich beispielsweise im Ausland aufhielten oder auch im Gefängnis saßen. Noch unmittelbar vor den Wahlen hob der Oberste Gerichtshof ein Dekret von Präsident Musharraf auf, das bei den National- und Provinzwahlen im Oktober 2002 unterlegenen Kandidaten eine Senatskandidatur untersagte.

Die vier Provinzparlamente bestimmten ihre insgesamt 80 Senatsdelegierten am 24. Februar. Drei Tage später wählte die Nationalversammlung insgesamt weitere zwölf Senatoren. Die restlichen acht Sitze sind für jeweils vier „Technokraten“ und vier Frauen reserviert.

Bundesregierung vor Erweiterung

Aufgrund weiterer Fraktionswechsler von Seiten der PPPP sowie als Gegenleistung für die Unterstützung der Jamali-Regierung durch die *National Alliance* (NA) und die *Muttahida Qaumi Movement* (MQM) wird das Bundeskabinett nach Pressemeldungen um 15 Posten erweitert. Unter anderem wurden Syed Mushahid Hussain als Minister für Auswärtige Öffentlichkeitsarbeit ernannt, eine neue Untergliederung des Außenministeriums. Eine Nichte des früheren Präsidenten und heutigen NA-Chefs Farooq Leghari wurde überdies zur Staatssekretärin im Außenministerium berufen.

Die Regierungskoalition in der Nationalversammlung erreichte mit Unterstützung zahlreicher der Regierung nahestehender unabhängiger Parlamentarier mit mindestens 53 Senatoren die erforderliche Mehrheit. Sie kann damit den Senatsvorsitzenden stellen, der als Stellvertreter des Präsidenten fungiert und dem Nationalen Sicherheitsrat angehört.

Schon vor den Wahlen warf die Opposition der Bundesregierung Manipulationen vor. Denn die im Vorfeld von politischen Beobachtern aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in den Provinzparlamenten erwartete Oppositionsmehrheit war fraglich geworden. So gilt es als sicher, daß die Parteiloyalität vieler Abgeordneter durch hohe Geldangebote - nach Presseberichten bis zu sieben Millionen Rupien pro Stimme - auf die Probe gestellt wurde. Die Bundesregierung streitet solche Vorwürfe jedoch ab. Zuletzt sorgten Gerüchte um Festnahmen und Entführungen von Abgeordneten aus den Stammesgebieten für Aufregung.

Premier Jamali gewinnt Vertrauensabstimmung

Überraschend deutlich gewann Premierminister Jamali die gesetzlich vorgeschriebene Vertrauensabstimmung in der Nationalversammlung mit 188 von 331 abgegebenen Stimmen. Somit konnte er 16 Stimmen mehr auf sich vereinen, als bei der Regierungsbildung zu Beginn der Legislaturperiode. Laut Beobachtern wird diese Unterstützung mehrheitlich auf die *Pakistan People's Party Parliamentarians* (PPPP) zurückgeführt, der Partei, von der sich eine zehnköpfige Gruppe abgespalten und offen zugunsten von Jamali bekannt hatte (vgl. SÜDASIEN Nr. 4/2002).

Neuer Ministerpräsident im Sindh

Mehr als zwei Monate nach den Wahlen wurde am 15. Dezember 2002 mit Ahmad Muhammad Mahar von der präsidententreuen *Pakistan Muslim League-Qaid-e-Azad* (PML-Q) der gemeinsame Kandidat eines Vier-Parteien-Bündnisses mit 89 von 162 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Dieses Bündnis allein verfügt jedoch nur über 83 Stimmen, so daß offenkundig auch Abgeordnete der Opposition für Mahar stimmten. Nur einen Tag später gewann Mahar eine Vertrauensabstimmung sogar mit 90 Stimmen; Mitglieder der oppositionellen PPP und der MMA hatten zuvor unter Protest das Parlament verlassen.

Dem am 2. Januar vereidigten Kabinett gehören gegenüber den erwarteten zehn sogar 15 Minister an, darunter eine Frau. Hinzu kommen zwei „Berater“ im Ministerrang. Die deutlich aufgeblähte Ministerrunde spiegelt die schwierige Koalitionsverhandlungen im Vorfeld der Regierungsbildung wieder. Beobachter hatten vorab aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im sindhischen Landtag eher eine PPPP-geführten Koalitionsregierung gerechnet.

Neue Sunni-Shia-Anschläge in Karachi

Nach einer längeren Pause wird aus Karachi eine neue Serie religiös motivierter Terroranschläge gemeldet, für die verfeindete militant-islamistische Sunni- und Shia-Gruppen verantwortlich gemacht werden. So töteten am 22. Februar in der indhischen Millionenmetropole drei mit Kalaschnikows bewaffnete Männer vor einer *Imambargah* genannten schiitischen Moschee neun Menschen; sieben weitere wurden verletzt. Nach der Beisetzung der Opfer entwickelten sich die Trauermärsche in Karachi zu wütenden Demonstrationen, in deren Verlauf Autos in Brand gesetzt wurden.

Des indhische Innenminister brachte den Anschlag in einer ersten Stellungnahme in direkte Verbindung mit dem

Mord an Khalid Bin Waleed, einem MQM-Politiker, der sich für den Ausgleich zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen eingesetzt hatte. Demnach sei auch dieser Terroranschlag ein gezielter Versuch, die Demokratie zu destabilisieren. Auch von Vertretern der in den Parlamenten vertretenen religiösen Parteien wurde dieser Terroranschlag als eine Verschwörung gegen alle Muslime verurteilt.

Sieben der Todesopfer stammten aus der Nager-Region in den Northern Areas und fünf der Leichen wurden unmittelbar nach dem Anschlag nach Gilgit geflogen. Dort versammelte sich unmittelbar nach der Terrornachricht eine große

Menschenmenge vor der zentralen Moschee der Schiiten, die in dieser Region die Bevölkerungsmehrheit stellen. Im Verlauf der Trauermärsche nach der Ankunft der Särge in Gilgit kam es auch hier zu Gewaltszenen. Presseberichte schildern, daß der Trauerzug nahe der Freitagsmoschee der Sunniten mit Steinen beworfen und später auch beschossen wurde. Mindestens fünf Personen wurden dabei verletzt. Aus Protest gegen diesen Anschlag blockierten Menschen aus Nager für mehrere Stunden den *Karakorum Highway*, die Hauptverkehrsachse in diesem Teil des Landes. In den folgenden vier Tagen legte in Gilgit ein Generalstreik das öffentliche Leben lahm.

Anschläge auf Gas-Pipelines

Ende Januar wurden Gas-Pipelines und weitere Energieversorgungsanlagen in Stammesgebieten der Provinz Balochistan durch Bombenanschläge zerstört. Diese Anschläge brachten einen seit mehreren Jahren schwelenden Blutrachekonflikt zwischen zwei Stämmen unmittelbar auf die nationale Agenda, da in der Folge die Gasversorgung weiter Gebiete des dichtbesiedelten Punjab für mehrere Tage ausfiel. Zur Wiederherstellung der Sicherheit und zur Befriedung der auch mit schweren Waffen wie Raketenwerfen und Minen ausgetragenen Kämpfe wurden Militär- und Paramilitärverbände in die Region verlegt.

Die Sicherheitsrisiken in der Region sind letztlich auch von internationaler Bedeu-

tung, da westliche Investoren daran interessiert sind, die geplante Trans-Afghanistan-Pipeline auf der kürzeren Trasse durch Balochistan zum Hafen in Gwadar zu bauen. Hierbei sollen auch die bestehenden Gasförder- und -versorgungseinrichtungen bei Sui angeschlossen werden. Dort werden rund 44 Prozent der pakistanischen Energieversorgung sichergestellt, wobei die Vorteile vor allem dem Punjab zufließen. Balochen fürchten demnach, daß der alternative Trassenverlauf der Pipeline über Multan im Punjab und eventuell weiter nach Indien - dessen Realisierungschancen vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse gestiegen sein dürften - der wirtschaftlich benachteiligten Provinz schaden werde.

Kirchenanschlag zu Weihnachten

Am 25. Dezember starben nahe Sialkot vier Christen, darunter drei Mädchen, bei einem Anschlag auf eine Kirche. Weitere 16 wurden verletzt. Zwei in *Burqa* gekleidete Terroristen warfen während eines Weihnachtsgottesdienstes Handgranaten in das Gotteshaus. Nach dieser von zahlreichen prominenten Sprechern verurteilten Tat sagte die Regierung als Entschädigung jeweils 100.000 Rupien je Todesfall und 25.000 Rupien für jeden Verletzten zu. Lokale Kirchenvertreter und Politiker gehen davon aus, daß ein der verbotenen *Jaish-i-Mohammad* nahestehender Clan für diesen Anschlag verantwortlich sei. Dieser habe schon drei Monate zuvor einen Anschlag auf die Kirche verübt und die Gemeinde bedroht hieß es.

Kommandeur der Luftwaffe abgestürzt

Beim Absturz einer Fokker F-27 der pakistanischen Luftwaffe nahe Kohat sind alle 17 Passagiere zu Tode gekommen, darunter auch Luftwaffenchef Marschall Mushaf Ali Mir und weitere hochrangige Offiziere. Die Gruppe befand sich auf einer innerpakistanischen Inspektionsreise. Zur Absturzursache teilte ein Armeee-

sprecher gegenüber der Presse mit, daß man von einem Unfall ausgehe, bis die Ergebnisse einer eingesetzten Untersuchungskommission vorlägen. Zum neuen Oberkommandeur der *Air Force* wurde unterdessen Marschall Syed Qaiser Hussain ernannt. Abstürze bei Übungsflügen der PAF kom-

men häufiger vor (bereits zwei im laufenden Jahr und insgesamt elf 2002). Der jüngste Crash ist jedoch seit 1988, als bei einem bis heute ungeklärten Absturz eines Helikopters der damalige Präsident Zia-ul-Haq getötet wurde, der erste Zwischenfall mit einem so hochrangigen Opfer.

Regierung von Azad Jammu & Kashmir erweitert

Nach der Vereidigung weiterer vier *Muslim-Conference*-Abgeordneter in der Gesetzgebenden Versammlung von *Azad*

Jammu and Kashmir als Minister wuchs das Kabinett des separaten Territoriums auf insgesamt zwölf Posten, wobei das Bil-

dungsministerium, dasjenige mit dem größten Budget, weiterhin unbesetzt bleibt.

Al-Qaida-Vize in Rawalpindi verhaftet

Der als mutmaßlicher Stellvertreter Usama bin Ladens gesuchte Khalid Sheikh Mohammad wurde am 1. März von pakistanischen und US-amerikanischen Sicherheitskräften in einem Apartment in Rawalpindi zusammen mit zwei weiteren Personen überwältigt und zu Verhören abgeführt. Zeitgleich wurde eine zweite Wohnung durchsucht und ein vierter Verdächtiger verhaftet. Die Vereinigten Staaten hatten erst kürzlich die Belohnung für die Ergreifung des 37-jährigen gebürtigen Kuwaiti auf 25 Millionen US-Dollar erhöht. Er gilt als Drahtzieher unter anderem der Terroranschläge vom 11. September 2001, des Mordes am amerikanischen Journalisten Daniel Pearl und des Bombenanschlages auf die Synagoge von Djerba in Tunesien. Der aus einer Balochen-Familie stammende Sheikh Mohammad schloß sich in den späten

1980er Jahren nahe Peshawar den Gruppen um Usama bin Laden an. Neben pakistanischen und US-amerikanischen Diensten sind auch Frankreich und Australien an seiner Vernehmung interessiert, um verschiedene Anschläge aufklären zu können.

Die Verhaftung Sheikh Mohammads ist nach Ramzi Binalshibh und Abu Zabaydah mindestens die dritte von führenden *Al-Qaida*-Mitgliedern in Pakistan. Nach den ersten Vernehmungen von Sheikh Mohammad werden weitere Festnahmen in Pakistan erwartet. Zudem stellt sich erneut die Frage nach dem Aufenthalt von Usama bin Laden. Auch die erwarteten Frühjahrsoffensiven der *Al-Qaida* in Afghanistan dürften nach US-Einschätzungen nun ihren Schwung verlieren. Nach wenigen Tagen wurde er nach Konsultation Kuwaits an einem geheim

gehaltenen Ort an US-Behörden ausgeliefert und auf einen US-Luftwaffenstützpunkt in Afghanistan gebracht.

Der Eigentümer des Apartments in einem wohlhabenden Stadtteil Rawalpindi war bis zum Redaktionsschluß noch in Haft. Nach Presseberichten ist er Mitglied der islamistischen Partei *Jamaat-Isлами*, in deren Umfeld auch andere *Al-Qaida*-Aktivisten wurden. Die *Jamaat-Isلامي* feierte Sheikh Mohammad in Rawalpindi auf seine Festnahme als Heldenaktion auf seine Festnahme als Heldenaktion der von der „US-hörigen Regierung Pakistans auf „schamvolle Weise ausgeliefert worden sei. Dies gilt als ein Beleg für die innenpolitische Zuspitzung rund um die Personen Präsident Musharraf und Premier Jamali, die bislang entgegen der vorherrschenden Stimmung im Land einen pro-amerikanischen Kurs unterstützen.

Anschlag nahe dem US-Konsulat in Karachi

Am 27. Februar kam es nahe des US-amerikanischen Konsulats in Karachi zu einer Schießerei, in deren Verlauf zwei Polizisten erschossen wurden. Fünf weitere Beamte und ein Zivilist wurden verletzt. Nach ersten Meldungen hatten mehrere mit Pistolen bewaffnete Männer auf eine Polizeistellung in der Nähe des Konsulats das Feuer eröffnet. Ein Tatverdächtiger konnte noch am Tatort verhaftet werden. Laut Presseberichten schoß er mit seiner eigenen Pistole auf einen Polizisten und nahm anschließend dessen Maschinenpistole an sich, um auf weitere Polizisten zu schießen. Polizeiermittlungen gehen nicht von einer *Al-Qaida*-Aktion aus, doch gehöre der Verhaftete zu einer paki-

stanischen Fundamentalistengruppe, die gezielt Polizisten attackiere, da sie im Auftrag Pakistans US-Amerikaner schützte.

Die Tat ereignete sich zwei Tage vor geplanten Anti-Kriegs-Demonstrationen in Pakistan sowie im unmittelbaren Umfeld eines Besuchs von Premier Jamali in Karachi, weswegen zusätzliche Polizisten entlang der Straßen postiert waren. Das US-Konsulat ist seit dem Autobombenattentat im vergangenen Jahr mit Betonbarrikaden und Polizeiposten gesichert. Allerdings arbeiten momentan die meisten Konsulatsbeschäftigten in einem anderen Gebäude. Das Konsulat selbst ist zur Zeit nicht für Publikumsverkehr geöffnet.

Anti-Kriegs-Demonstrationen

An den von den Organisatoren - vor allem islamistische Parteien - als „Millionen Menschen-Protestmarsch“ angekündigten Antikriegs-Demonstrationen am 2. März in Karachi beteiligten sich nach BBC-Meldungen unter massiven Sicherheitsvorkehrungen rund 100.000 Menschen. Neben Transparenten mit Protestslogans gegen den erwarteten Irak-Krieg und gegen die US-Politik wurden auch Verbalhohnungen Bushs, etwa mit Hitlergebärden, gezeigt und US-Fahnen verbrannt. Nach pakistanischen Zeitungsberichten waren nur vereinzelte Poster mit Usama bin Laden-Porträts oder auch dem verhafteten *Al-Qaida*-Führer Sheikh Mohammad zu sehen.

Letztlich sind diese Proteste auch gegen die eigene Regierung gerichtet, die Pakistan zur Zeit als gewähltes Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angehört. In dieser Rolle ist Pakistan wiederholt Adressat verschiedenster Interessensgruppen - von den USA bis zu Vertretern der Arabischen Welt. Die Demonstranten forderten, daß Pakistan gegen eine Invasion im Irak stimmen müsse und keinesfalls als Startbasis für US-Truppen dienen dürfe. Einige Redner forderten auch zum Boykott amerikanischer Produkte wie etwa Coca-Cola, Pepsi oder von US-Fast-Food-Ketten auf.

USA: Pakistanische Atomwaffen in sicheren Händen

Nach Mitteilungen des US-Außenministeriums geht die amerikanische Regierung davon aus, daß die Kontrolle über die pakistanischen Atomwaffen gewährleistet ist. Diese Einschätzung wird auf den wiederholten Austausch zwischen pakistanischen und amerikanischen Stellen über Sicherheitsstandards der Atomwaffen zurückgeführt. Allerdings gebe es keine direkte US-Unterstützung wie im Falle Ruß-

lands, letztlich auch, weil dies bislang von Pakistan nicht gewünscht werde. Aufgrund der fehlgeschlagenen Politik, Pakistan durch die Pressler-Sanktionen zur Ratifizierung des Vertrags zum Verzicht auf Atomwaffentests (CTBT) zu bewegen, sei diese Politik des gegenseitigen Austauschs umso wichtiger, hieß es aus Washington.

Verhältnis Pakistan - USA

US-Regierungsstellen weisen der pakistanisch-amerikanischen Militärkooperation eine nach wie vor hohe Bedeutung zu. Dabei wird auch die innenpolitische Stellung der pakistanischen Armee ausdrücklich gewürdigt.

Nach dem 11. September 2001 erhielt Pakistan 600 Millionen US-Dollar Militärhilfe und noch einmal die gleiche Summe für soziale und wirtschaftliche Programme. So seien von den im November 2002 nach den bekannt gewordenen Raketenlieferungen aus China ausgesprochenen Sanktionen gegen Pakistan alle Maßnahmen im Rahmen der Operation *Enduring Freedom* ausgenommen.

Die Vereinigten Staaten werden sich auch weiterhin in der Region Südasien engagieren, wie Sprecher des Weißen Hauses betonten.

Zu Irritationen führten jedoch einerseits Äußerungen von US-Senatoren über die vermeintliche direkte oder indirekte Beteiligung Pakistans und dessen Geheimdiensten an der Unterstützung von Talibanverbänden. Zusätzlich äußerte die US-Botschafterin in Islamabad den Verdacht, daß Pakistan doch an der Infiltration kashmirischer Separatistenverbände nach Kashmir beteiligt sei.

Darüber hinaus kam es im Januar nach einem später als irrtümlich bezeichneten Bombenabwurf von US-Flugzeugen auf eine pakistanische Siedlung zu Schußwechseln zwischen amerikanischen und pakistanischen Soldaten. Auf pakistanischer Seite wurde die territoriale Integrität herausgestellt, die es nicht zuließe, daß US-Truppen bei der Verfolgung von

Talibangruppen diese auch auf pakistanischem Gebiet angriffen. Hierfür seien die pakistanischen Sicherheitskräfte zuständig. US-Stellen wiesen auf den oftmals unzureichend dokumentierten Grenzverlauf zwischen Afghanistan und Pakistan als Grund für den Zwischenfall hin.

Ende Februar reiste Christina Rocca, zuständige Staatssekretärin für Südasien im *State Department*, nach Islamabad, um unter anderem die pakistanische Regierung in der Irak-Frage auf die US-Politik einzuschwören. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses kündigte Islamabad an, sich im UN-Sicherheitsrat bei einer Abstimmung über eine neue Irak-Resolution zur Legitimierung eines Krieges der Stimme enthalten zu wollen.

Auswirkungen der US-Einwanderungsgesetze

Der momentan in den USA beratene Entwurf des sogenannten *Domestic Security Enhancement Act* wird nach Einschätzung von Bürgerrechtsgruppen und der pakistanischen Presse drastische Auflagen und Einschränkungen auch für pakistanische Staatsbürger und Migranten haben. Das Monatsblatt *Herald* bezeichnet dies auf dem Titelblatt der Februarausgabe als „End of Eden“.

Die Liste der betroffenen Staaten schließt vor allem muslimische Länder - von Marokko bis Indonesien - sowie Nordkorea ein. Für Bürger Pakistans und Saudi Arabiens wurde der Termin für die Registrierung beim *Immigration and Naturalization Service* der USA (INS) auf den 21. März festgelegt. Nach INS-Schätzungen werden davon rund 15.000 Pakistani betroffen sein. Die pakistanische

Botschaft geht aber eher von 50.000 bis 80.000 Pakistani aus.

Hunderte Pakistani versuchen derzeit, die USA in Richtung Kanada zu verlassen. Aufgrund unzureichender Kapazitäten an den Grenzübergängen weisen kanadische Behörden die Migranten aber häufig ab, so daß viele in Flüchtlingslagern der Heilsarmee oder anderer charitativer Organisationen Zuflucht suchen.

Die Regierung in Islamabad hat für die Remigration pakistanischer Staatsbürger ein Programm in Höhe von zwei Milliarden Rupien für die Gesundheitsversorgung, Ausbildung und den Wohnungsbau vorbereitet. Hiermit sollen letztlich auch Ärzten und weiteren gut ausgebildeten Akademikern ein Anreiz zur Rückkehr nach Pakistan geboten werden.

Austausch von Nukleardaten zwischen Delhi und Islamabad

Wie alljährlich am ersten Werktag eines neuen Jahres tauschten Indien und Pakistan als vertrauensbildende Maßnahme über diplomatische Kanäle Informationen über nukleare Einrichtungen aus. Dies sieht Artikel II des *Pakistan-India Agreement on Prohibition of Attacks Against Nuclear Installations and Facilities* vor, quasi ein nuklearer Nichtangriffspakt hinsichtlich der entsprechenden beiderseitigen Infrastruktur. Diese seit 1992 praktizierte Routine dürfe aber nicht über die derzeit angespannte Lage zwischen beiden Staaten hinwegtäuschen, so pakistanische Diplomaten.

Erleichterungen für Transithandel nach Afghanistan

Nach wiederholten Bitten der afghanischen Regierung signalisierten offizielle Sprecher, daß das *Economic Coordination Committee* die Negativliste von Produkten, welche bislang vom zollfreien Transithandel nach Afghanistan ausgeschlossen sind, von 24 auf zwölf Produkte kürzen werde. Bisher schloß Pakistan solche Produkte aus, welche nach eigener Einschätzung

als illegale Reimporte eigentlich für den pakistanischen Schwarzmarkt gedacht sind, wie etwa Fernseher und Videorecorder. Die afghanischen Konsummuster seien nunmehr jedoch ganz andere und zudem sei eine neue Konkurrenzsituation durch die indisch-iranische Handelskooperation entstanden. Afghanische Bitten um zollfreien Transit indischer Güter

nach Afghanistan wurden jedoch abgewiesen. Vielmehr müsse die indische Seite hierzu Gespräche mit Pakistan aufnehmen. In den ersten sieben Monaten des laufenden Finanzjahres stieg der Wert der Exporte unter dem Regime des *Afghan Transit Trade*-Abkommen (ATT) um mehr als 110 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Container-Explosion in Sialkot

Bei der Explosion zweier Überseecontainer mit Feuerwerkskörpern aus China starben am 4. Februar auf dem Zollgelände von Sialkot 18 Menschen, mehr als 50 wurden verletzt. Im Distrikt Sialkot wurde daraufhin der Notstand ausgerufen und das Zollgelände weiträumig abgesperrt, da zu Beginn noch unklar blieb, ob ein Bombenanschlag die Ursache der Explosion war. Später wurden falsch deklarierte Warenpapiere und illegale Importe als möglicher Tat hintergründe ermittelt und Strafverfahren gegen die Importeure eingeleitet.

Neue Partei angemeldet

Die als PPP-*Patriots* von der PPPP abgespaltene Fraktion in der Nationalversammlung wurde beim Nationalen Wahlleiter als eigenständige Partei angemeldet. Gegen diesen vollständigen Bruch mit der Mutterpartei und der zuvor noch proklamierten Loyalität zu Benazir Bhutto wird die PPPP-Parteiführung nach Pressemeldungen Rechtsmittel entsprechend dem im Januar 2002 eingeführten *Anti-Defection Law* einlegen, welches den Fraktionswechsel im Parlament verbietet. Die ursprünglich zehnköpfige Gruppe der PPPP-Abtrünnigen ist inzwischen auf 20 Mitglieder angewachsen.

Khatami-Besuch in Islamabad

Der dreitägige Besuch des iranischen Präsidenten in Islamabad im Dezember 2002 endete mit vier bilateralen Abkommen und einer gemeinsamen Abschlusserklärung. Demnach wird zukünftig eine engere politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Kooperation der beiden Nachbarstaaten angestrebt. Deren Verhältnis war insbesondere durch die Unterstützung verschiedener Fraktionen im afghanischen Bürgerkrieg sowie nach Terroranschlägen auf pakistanische Schichten und Morden an iranischen Diplomaten und Ingenieuren auf einem Tiefpunkt angelangt. Der erste Staatsbesuch in Pakistan nach der Einführung der Zivilregierung wird jedoch aufgrund der gemeinsamen strategischen Interessen in der Region als wichtige Verbesserung gewertet, die sich schon bei Vorbereitungstreffen angekündigt habe.

Pakistan läßt indische Fischer ausreisen

Insgesamt 280 zwischen Januar und Mai 2002 in pakistanischen Hoheitsgewässern festgesetzte indische Fischer wurden Ende Februar in ihr Heimatland entlassen. Die ursprünglich von Präsident Musharraf als Versöhnungsgeste noch vor dem Hindu-fest Devali erlassene Freilassung verzögerte sich aufgrund als erforderlich bezeichneter Verwaltungsabläufe. Über das Schicksal von 90 pakistanischen Fischern, die seit dem November 2001 in Indien festgehalten werden, wurde in diesem Zusammenhang nichts Neues bekannt.

Pakistanisch-indische Induskommission scheidet

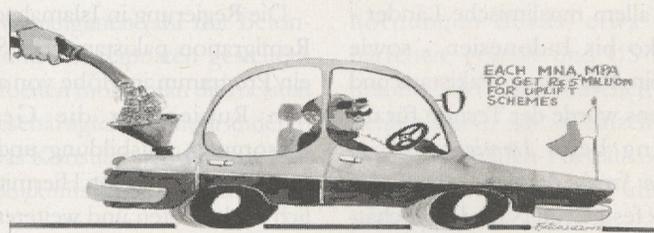
Die regelmäßig tagende Induskommission beider Länder endete erstmals in der mehr als 40jährigen Geschichte dieser Einrichtung mit der Erklärung, einen unparteiischen Schlichter einberufen zu wollen. Zumindest wird diese Option nach dem Scheitern der Verhandlungen in Islamabad Anfang Februar 2003 ernsthaft von pakistanischer Seite erwogen. Als Schlichter sind technische Experten sowie hohe Richter aus den USA und aus Großbritannien im Gespräch.

Zwischenzeitlich stimmte Indien nach einigem Hinhalten einer pakistanischen Inspektion des umstrittenen Wasserkraft-

Waffenlieferungen an Afghanistan

Als Bestandteil der im Rahmen der Bonn Verhandlungen eingegangenen pakistanischen Verpflichtung gegenüber der Karzai-Regierung für den Aufbau der afghanischen Armee wurden afghanische Gesandten 5.000 Maschinengewehre, 18 Granatwerfer, 75 Raketenwerfer sowie dazugehörige Munition übergeben. Zudem wurde bekannt gegeben, daß die pakistanische Armee bei Bedarf der afghanischen Regierung auch afghanische Soldaten ausbilden werde.

werkes bei Baglihar zu. Dieses 450-Megawatt-Kraftwerk am Oberlauf des Chenab wird von Pakistan abgelehnt, da der Indus-Wasservertrag von 1960 Pakistan die alleinige Nutzung des Chenab Wassers zugesteht. Durch den Bau dieses Kraftwerkes befürchtet Pakistan jedoch eine Beeinträchtigung der exklusiven Wassernutzungsrechte. Der ursprünglich im Dezember 2001 vorgesehene Besuch einer pakistanischen Delegation wurde bislang aus Sicherheitsgründen aufgeschoben. Pakistanische Stellen fürchten, daß Indien auf Zeit spiele und die Bauarbeiten vorantreibe.



Rückgang des pakistanisch-indischen Grenzverkehrs

Nach Analysen der *Times of India* hat Pakistan 2002 gegenüber 56.500 im Vorjahr nur noch 1.091 Visa für indische Staatsbürger ausgestellt. Auch Indien hat demnach die Visausage drastisch von täglich rund 400 auf nur noch drei eingeschränkt. Die von der *Times* befragten diplomatischen Vertretungen führten weiter aus, daß kaum noch Privatleute Visa beantragten. Einzig wohlhabende Inder wollten zu Hochzeiten und Familienbe-

suchen nach Pakistan reisen. Ansonsten reisten nun überwiegend Vertreter von multinationalen Institutionen sowie einige Geschäftsleute zwischen den beiden Nachbarländern.

Die indische Vertretung in Islamabad betont in diesem Zusammenhang, daß sie immerhin noch Visa für Pakistani ausstelle, während viele westliche Staaten dies praktisch eingestellt hätten.

Musharrafs Besuch in Rußland

Mit einer umfassenden gemeinsamen Erklärung schloß der dreitägige Besuch Musharrafs in Rußland in der ersten Februarwoche. Die als wichtiger Neuaufruf bewerteten pakistanisch-russischen Beziehungen fußen auf gemeinsamen Einschätzungen geostrategischer Fragen sowie auf gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen sowie auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung. Neben der Beratung von Öl- und Gasförderaktivitäten ist die russische Zusage von 100 Millionen US-Dollar für die Modernisierung und den Ausbau des ursprünglich von Rußland erstellten Stahlwerks der *Pakistan Steel* von herausragender Bedeutung.

Die politischen Verhandlungen werden jedoch als die wichtigsten Ergebnisse dieses Staatsbesuchs gewertet. Auch wenn von Rußland aufgrund seiner langjährigen Freundschaft zu Indien kein Positionswechsel etwa in der Kashmir-Frage zu erwarten ist, werden die Beratungen als wichtiger Schritt hin zu einem Mittelweg zwischen den pakistanischen und indischen Positionen bewertet. Allerdings zeigen Passagen der Erklärung auch, daß Rußland Pakistan noch in der Bringeschuld sieht, etwa hinsichtlich der Nichtverbreitung von Atomwaffen oder der Unterstützung von fundamentalistischen und terroristischen Gruppen.

Kinobesitzer unter Druck

Aufgrund der von der neuen Provinzregierung erlassenen Verbote vulgärer und obszöner Darstellungen bleiben die Kinobesitzer in der North West Frontier Province aus. Nicht allein die Film Darstellungen sondern auch die grell-bunten und oft meterhohen Reklametafeln sind von diesem Verbot betroffen. Da die Mehrheit der Kinobesitzer nicht lesen könne, blieben laut Kinobetreibern nun die Kunden aus, da sie nicht mehr von der Reklame angelockt werden könnten. Die staatlichen Sanktionsmaßnahmen sind zudem auch gegen illegale Kinos gerichtet, um pornographische Filmpräsentationen einzudämmen.

Gestrandete Pakistani in Dhaka obdachlos

Rund 3.000 seit mehr als 30 Jahren in Dhaka lebende Pakistani wurden beim Abriß ihrer etwa 300 Häuser in einer informellen Siedlung in Dhaka, ein ehemaliges Flüchtlingslager, obdachlos. Bei den von der Polizei bewachten Abrißarbeiten wurden mindestens 70 Personen, meist Frauen, verletzt. Zudem brach bei der Aktion ein Feuer aus, wobei sich Bewohner und Polizei gegenseitig der Brandstiftung beschuldigten. Vorwürfe der Bewohner, daß sie nicht informiert worden seien und Aktion eine Verletzung eines Urteils des Gerichtshofes darstelle, wurden von Vertretern der Kommunalverwaltung abgewiesen. Nach deren Lesart wohnten die Pakistani illegal auf Staatsland. Die all ihrer Besitztümer beraubten Bewohner wandten sich über ein Komitee anschließend an den pakistanischen Hochkommissar in Dhaka mit der Bitte um Unterstützung. Mehrere hundert Betroffene beteiligten sich an einem Sitzstreik vor der Vertretung. Ein Sprecher des pakistanischen Außenministeriums erklärte jedoch, einzig Dhaka sei verantwortlich. Pakistan habe nach der Staatsteilung alle Pakistani repatriert. Die in Bangladesh weiterhin als „Pakistani“ deklarierten Gruppen erfüllten nicht die Kriterien der früheren Vereinbarungen und somit könne Pakistan nichts weiter unternehmen. Die Betroffenen reagierten mit einem

Dritter Südasien-Volksgipfel

Auf Einladung der *South Asia Partnership Pakistan* fand der dritte Volksgipfel von mehr als 500 Vertretern der Zivilgesellschaften in Südasien vom 11. bis 13. Januar in Islamabad statt. Delegierte aus Bangladesh, Nepal und Sri Lanka beklagten die immens hohen Rüstungsausgaben in der Region. Darüber hinaus diskutierten sie die Themen: Illegaler Frauen- und Kinderhandel, Frieden und regionale Kooperation, Armutsbekämpfung, soziale Entwicklung sowie die Regierungsführung. Die Veranstaltung endete mit dem Appell an Pakistan und Indien, aus Südasien eine atomwaffenfreie Zone zu machen und hierzu den Atomwaffen-

sperrvertrag und weitere Abrüstungsabkommen zu unterzeichnen. Besonderer Handlungsbedarf wurde auch bei der Verbesserung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, vor allem zwischen Indien und Pakistan identifiziert.

Als besonderes Problem dieses Treffens galt die Verweigerung von Visa für indische Delegierte sowie zuvor für Pakistanis, welche ein Vorbereitungstreffen im indischen Hyderabad besuchen wollten. Vielmehr sollten alle SAARC-Bürger allein bei der Einreise eine Besuchserlaubnis erhalten, wie dies Nepal und Sri Lanka schon praktizierten.

Überschwemmungen

Starke Regenfälle haben in ganz Pakistan große Landstriche, Städte und Straßen unter Wasser gesetzt und einige Bergregionen nach Schneefällen vom Tiefland abgeschnitten. Vereinzelt wurden auch kleinere Staudämme fortgespült und tiefer liegende Siedlungen überflutet. Mindestens 60 Menschen kamen dabei ums Leben, mehr als 150 wurden verletzt und mehrere tausend sind nun obdachlos. Nach Aufzeichnungen des pakistanischen Wetterdienstes handelte es sich um die seit 30 Jahren stärksten Regenfälle. Selbst in den Wüstenregionen Tharr und in Cholistan fielen 20 bis 30 Millimeter Nie-

derschlag. In den nördlichen Berggebieten wurden Straßen- und Flugverbindungen unterbrochen und die Stromversorgung fiel zeitweilig aus.

Trotz der jüngsten Niederschläge steht für die Winterfeldbestellung (*Rabi Crops*) zu wenig Bewässerungswasser zur Verfügung. Der Wasserstand der großen Stauseen liegt nur leicht über dem Minimum. Erste Hochrechnungen ergaben, daß im abgelaufenen Winterhalbjahr das der auf Bewässerung angewiesenen Landwirtschaft im Punjab und im Sindh tatsächlich zur Verfügung gestellte Wasser fast 40 Prozent unter den Planwerten blieb.

Wirtschaftsbericht zeigt positiven Trend

Der Halbjahresbericht über die pakistanische Wirtschaft zeigt nach Presseberichten überwiegend positive Trends. So wuchs das Bruttosozialprodukt im laufenden Finanzjahr um mehr als 4,5 Prozent, die Auslandsrücküberweisungen liegen über den Schätzwerten des aktuellen Haushaltsplans, das Handelsbilanzdefizit konnte leicht reduziert werden, die Inflation blieb unter drei Prozent und das Haushaltsdefizit konnte bei 4,7 Prozent des Bruttosozialproduktes stabilisiert werden. Erste Anzeichen deuteten zudem auf

einen Rückgang der Armut hin, auch wenn Detailuntersuchungen hierzu noch ausstehen.

Als positiv werden zudem die wiederholte Steigerung der Währungsreserven sowie die erneuten Zusagen des Pariser Clubs über Schuldumschreibungen bewertet. Gegenüber den ersten wirtschaftlichen Rückschlägen nach dem 11. September 2001 sprachen Pressekommentare sogar von einer „Sonnenscheinperiode“ für die pakistanische Wirtschaft.

Dürre: Abwanderung und Hilfszusagen

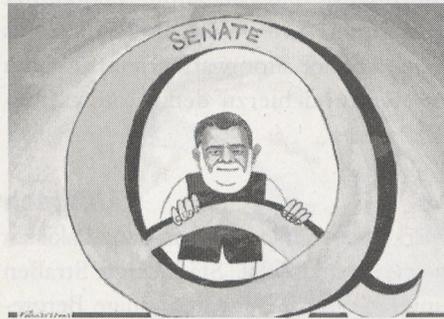
Im Distrikt Dadu im nördlichen Sindh wandern hunderte Familien aus ihren dürregeplagten Siedlungsgebieten des Berglandes in die nahen Städte im Industal. Nach Berichten Einheimischer hat diese Region in den letzten sieben Jahren keinen Regen mehr erhalten und die Quellen und Brunnen seien trocken gefallen. Allgemein wird die Tatenlosigkeit sowohl der Provinzregierung als auch der Nichtregierungsorganisationen beklagt. Somit bliebe den Betroffenen nichts anderes übrig, als die Dürreregionen zu verlassen.

Da die Familien weder Lebensmittel noch Viehfutter zur Verfügung haben, sind diese Umweltflüchtlinge meist aufs Betteln und auf Almosen angewiesen.

Die Regierung in Balochistan kündigte für Dürreregionen ein Hilfsprogramm an, nachdem in einzelnen Distrikten in den letzten beiden Monaten des Jahres 2002 mehr als zwanzig Menschen starben. Zu diesem Programm zählen Erste-Hilfe-Lager, Nahrungsmittellieferungen sowie ein Sonderbudget in Höhe von 600 Millionen Rupien.

18 Millionen illegale Kleinwaffen

Auf jede lizenzierte Waffe kommen nach einer aktuellen Studie neun illegale Waffen in Privatbesitz. Der Kleinwaffenbericht für 2002 weist zwei Millionen registrierte Schusswaffen aus. Als Teil der Bekämpfung der „Kalashnikow-Kultur“ wurden im Rahmen eines von Präsident Musharraf einberufenen Programms innerhalb von 18 Monaten nur rund 210.000 illegale Waffen konfisziert. Viele der illegalen Schusswaffen stammen aus Waffenmanufakturen in den Stammesgebieten, wie etwa denen in Dara Adamkhel in der *North West Frontier Province* (NWFP). Die geschickten Imitationen von verbreiteten Markenwaffen, von der Pistole über Kalashnikovs bis hin zu leichten Kanonen und Raketenwerfern durch die dortigen rund 900 Betriebe führte 2002 zu einer Bestellung von 24.000 Gewehren durch eine US-amerikanische Firma.



Raketentests – in Pakistan nicht mehr erforderlich?

Auf indische Raketentests im Januar 2003 reagierte der pakistanische Außenminister Khurshid Mahmud Kasuri mit der Feststellung, daß kein Anlaß für eine unmittelbare Antwort mit eigenen Raketentests bestehe. Zum einen verfolge Pakistan einen eigenen Zeitplan und zum anderen sei die pakistanische Raketentechnologie der aller anderen Staaten der Region überlegen.

Pakistanis zur Haj in Mekka

In diesem Jahr pilgerten nach offiziellen Angaben rund 135.000 Pakistani zur Haj nach Mekka, der bisherige Rekordwert. *Pakistan International Airlines* (PIA) allein setzt für den Rücktransport von rund 110.000 *Hajis* 310 Flüge, teilweise mit extra zu diesem Zweck gemieteten Flugzeugen, von Jiddah zu den fünf internationalen Flughäfen des Landes ein. Dadurch wurde der individuelle Transport von hellem Wasser „Aab-i-Zam Zam“ unterbunden. Stattdessen erhalten die Flugpassagiere jeweils bei der Rückkehr nach Pakistan einen Zehnliterkanister mit diesem Wasser, welches zuvor mit den letzten Charterflugzeugen der Hinflüge aus Saudi-Arabien geliefert worden war. Bei verschiedenen Unfällen kamen in diesem Jahr 80 Pakistani zu Tode, während der „Durchschnitt“ der letzten drei Jahre bei jeweils 170 Todesopfern liege.

Ehrungen für Annemarie Schimmel

Die am 25. Januar im Alter von 80 Jahren verstorbene Orientalistin und Islamwissenschaftlerin Prof. Dr. Annemarie Schimmel wurde in zahlreichen Nachrufen und öffentlichen Veranstaltungen in Pakistan geehrt. Für ihr Werk zum Austausch zwischen Islam und Christentum sowie insbesondere für ihre zahlreichen Studien über den Sufismus, die Kultur und Sprachen in Pakistan und im Sindh wurde sie schon zuvor mit den höchsten pakistanischen Orden ausgezeichnet. Auf einem von der *Pakistan Academy of Letters* sowie der *Pak-German-Friendship-Association* organisierten Gedenksymposium in Islamabad wurde ihr Werk als lebendiger Gegenbeweis gegenüber Huntingtons These des Kampfes der Kulturen und insbesondere des Islam gegenüber dem Abendland gewürdigt. Bei dieser und weiteren Veranstaltungen im Sindh wurde an offizielle Stellen appelliert, zum Gedenken an die große Wissenschaftlerin und Botschafterin zwischen den Kulturen alljährlich prominente und kompetente Redner zu ähnlichen Gedenksymposien einzuladen sowie Straßen nach ihr zu benennen.

EU unterstützt Anpassung an neue Welthandelsordnung

Mit einem Programm-Budget in Höhe von sechs Million Euro unterstützt die Europäische Union die Information über sowie Anpassungsstrategien an die 2005 in Kraft tretende neue Welthandelsordnung der *World Trade Organization* (WTO). Die EU ist bislang der größte Handelspartner Pakistans, wobei sowohl das gesamte Außenhandelspotential als auch das der pakistanischen Exporte bislang noch nicht ausgeschöpft sind. Pakistanische Geschäftleute und Bürokraten sollen über die neuen Regularien sowie

über europäische Qualitätsstandards und Produktzertifizierungen informiert werden, um schließlich die Exportchancen pakistanischer Produkte verbessern zu können.

Die insbesondere von den USA propagierte Abschaffung von Importzöllen wird Pakistan vor eine immense Herausforderung stellen. Gegenüber den 1970er und 1980er Jahren wurden die Importzölle Pakistans schon von zuvor rund 120 Prozent auf durchschnittlich 25 Prozent gesenkt, mit Ausnahme von Autoimporten.

Damit sanken allerdings auch die Staatseinnahmen aus dieser Steuer auf zuletzt 50,5 Milliarden Rupien und somit deutlich unter die im Haushalt eingeplanten knapp 70 Milliarden Rupien. Noch Mitte der 1990er Jahre wurden durch Importzölle 89 Milliarden Rupien eingenommen. Mittlerweile wurden die Importzölle jedoch durch die allgemeine Mehrwertsteuer als wichtigster Einnahmequelle des Staates abgelöst, die 2002 mit 206 Milliarden Rupien nahezu die Hälfte aller Steuereinnahmen Pakistans einbrachte.

PIA - Reformkurs und neuer Flugzeugpark

Die nationale Fluggesellschaft Pakistan International Airlines entschied, ihren überalterten Flugzeugbestand durch neue Modelle zu ersetzen. Für die beiden ältesten 1959 in Betrieb genommenen der insgesamt elf Fokker F-27 mit 44 Sitzen werden zurzeit Kaufangebote eingeholt. Auch die übrigen F-27 mit Baujahren zwischen 1961 und 1966 sollen bis Dezember 2003 ausgemustert und durch geleaste Flugzeuge des Typs Bombardier ATR-42 oder ATR-72 mit 44 beziehungsweise 64 Sitzen ersetzt werden. Als Grund für diese Entscheidung wird in Presseberichten neben dem Alter der Fokker auf die Schließung der Fokker-Werke in den Niederlanden verwiesen. Zusätzlich werden in den nächsten acht Jahren für insgesamt 1,5 Milliarden US-Dollar acht Boeing 777 verschiedener Varianten beschafft. Die ersten drei Maschinen werden im Januar, Februar und März 2004 erwartet. Dieser Entscheidung war eine kontroverse Diskussion vorausgegangen, da Airbus laut Presseberichten ein günstigeres Angebot vorlegt hatte.

Das jahrelang als marode geltende Staatsunternehmen hat unter neuem Management im Jahr 2002 erstmals einen Gewinn in Höhe von 2,4 Milliarden Rupien erwirtschaftet. 2001 gab es noch Verluste in Höhe von zwei Milliarden Rupien. Im laufenden Jahr werden noch höhere Gewinne erwartet.

IWF-Kredit für Armutsbekämpfung

Der Internationale Währungsfond (IWF) sagte Pakistan einen Kredit in Höhe von 118 Millionen US-Dollar zur Finanzierung eines dreijährigen Programms zur Armutsbekämpfung und zur Steigerung des Wirtschaftswachstums zu. Diese Zusage ist die letzte Tranche eines insgesamt 1,4 Milliarden US-Dollar umfassenden Kreditprogramms, das im Dezember 2001 startete.

ADB-Zusagen im Jahr 2002

Auf den Rekordwert von 1,141 Milliarden US-Dollar stiegen im Jahr 2002 die Kreditzusagen der *Asian Development Bank* (ADB) für insgesamt 13 Projekte in Pakistan. Zusätzlich wurden 17 Projekte der Technischen Zusammenarbeit mit verschiedenen Schwerpunkten und insgesamt 7,67 Millionen US-Dollar Umfang positiv beschieden.

In dringenden Briefen an die Bundes- und Provinzregierungen hat ADB auf Defizite bei der Umsetzung der vereinbarten Reformprogramme hingewiesen. Ohne erkennbare Fortschritte etwa bei der Justizreform oder Reformen im Landwirtschaftssektor einschließlich der Besteuerung landwirtschaftlicher Einkommen, könnten die Finanztranchen für 2003 nicht bewilligt werden. Zusätzlich werden auch verstärkte nationale Maßnahmen und Gelder für die Armutsbekämpfung angemahnt.

Insgesamt bietet ADB für das Pakistan-Landesprogramm für 2003 bis 2005 rund 2,5 Milliarden US-Dollar an.

Schattenwirtschaft wächst

Nach Studien des *Pakistan Institute of Development Economics* (PIDE) wächst die Schattenwirtschaft seit Mitte der 1990er Jahre jährlich um mehr als zehn Prozent und damit deutlich stärker als die Wirtschaft selbst. Aufgrund der überwiegenden Barzahlung von Rechnungen sowie den bislang noch sehr laxen Steuergesetzen mit zahlreichen Ausnahmen, beispielsweise für agrarische Einkommen, böte Pakistan nahezu ideale Bedingungen für eine Schattenökonomie, heißt es. Deren wichtigste Felder sind der Schmuggel, Drogenhandel, Korruption und schlechte Regierungsführung.

Deutsche Entwicklungszusagen

Erstmals seit 1996 wurden wieder gemeinsame Beschlüsse über die Finanzierung von Entwicklungsvorhaben mit deutschen Zuschüssen in Höhe von 140 Millionen Euro gefaßt. Schon 2001 wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß zukünftige Maßnahmen sich auf die Armutsbekämpfung und speziell auf Grundschulausbildung, Basis-Gesundheitsdienste sowie auf erneuerbare Energien konzentrieren sollten. Hierzu wurden 301 Millionen Euro als verbilligter Kredit für den Bau eines Wasserkraftwerkes in Nordpakistan zugesagt. Im Rahmen der Entschuldungsverhandlungen wurden sowohl 2001 als auch 2002 jeweils rund 25 Millionen Euro pakistanischer Schulden in Deutschland gegen die pakistanische Verpflichtung abgeschrieben, den halben Betrag in Rupien für Grundschulprogramme einzusetzen.